



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Vom Reichskanzler und vom Reichstage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Dem Reichskanzler und vom Reichstage.



och immer ist die Unklarheit, in der sich die Kanzlerkrisis entwickelt, nicht ganz geschwunden. Noch sind, wie es scheint, endgiltige Entschlüsse nicht gefaßt, so daß an dem Bilde der Zukunft, welches unser letzter Brief skizzirte, nach Maßgabe der Thatsachen sich noch das eine und das andre verändern kann. Im großen und ganzen aber wird es sich nach dem, was man in der letzten Woche hörte, als richtig erweisen. Inzwischen werden wie bisher allerhand Vermuthungen und Erfindungen durch die Welt gehen, die ihre Existenz dem Bedürfniß der Redactionen und Reporter nach dem Scheine von Wissenden und Tiefblickenden verdanken oder wirklich gefallene Aeußerungen nach den Wünschen und Hoffnungen derer, in deren Gegenwart sie fielen, interpretiren und ummodelln. Dies gilt auch von den Andeutungen, die der Kanzler nach liberalen Blättern während des letzten parlamentarischen Diners gemacht haben soll, wenigstens zum Theil. Prüfen wir sie nach dem, was andre Quellen der Information ergeben, so wird etwa folgendes als richtig übrig bleiben.

Fürst Bismarck erwartet in dieser Session des Reichstages, d. h. bis Weihnachten, keinen Conflict. Er wird, nachdem die Herren Reichsboten in die Ferien gegangen sind, bald nach Ablauf der Festzeit den preußischen Landtag einberufen, und nach dessen Schluß wird der Reichstag wieder zusammentreten, um einen Theil der von der kaiserlichen Botschaft in Aussicht gestellten Vorlagen zu berathen. Der Kaiser hält fest an der Ueberzeugung, daß die von ihm in der Botschaft befürworteten Reformen für die Wohlfahrt des Reiches nothwendig sind, und daß sie deshalb durchgeführt werden müssen. Zweifelhaft erscheint ihm nur, ob dies mit allen bald zu ermöglichen sein wird. Die Regierung theilt diese Ansicht. Auf welchem Wege und mit welchen Mitteln sie auf ihr Ziel

lozusteuern hat, werden die jeweiligen Coniuncturen ihr zeigen; sicher ist für jetzt nur, daß sie jenes Ziel unverrückt und unter allen Umständen im Auge behalten wird. Der Reichskanzler hat in der Coniictszeit standhaft sich bemüht, seiner Ueberzeugung Geltung zu verschaffen, und er wird dies auch jetzt thun. Er hat damals seinen König nicht verlassen, er wird auch in der gegenwärtigen Verwicklung an seiner Seite bleiben, so lange dieser ihm nicht erlaubt, zurückzutreten. Er denkt für den Fall der Ablehnung seiner Pläne nicht an Auflösung des Reichstages, zumal da ihm das Ergebniß der letzten Wahlen bei näherer Betrachtung nicht als Verurtheilung der Regierungspolitik erscheint; denn nicht nach der Zahl der gewählten Abgeordneten ist, wie er meint, zu urtheilen, sondern nach der bei den ersten Wahlen constatirten Summe der Gesamtstimmen, und da ergiebt sich, daß für alle Parteien mit Ausnahme der Conservativen, der Polen und der Volkspartei diesmal weniger Stimmen abgegeben worden sind als früher. Mit der Zeit, so hofft er, wird die Bevölkerung der Agitation der oppositionellen Parteien nicht mehr folgen, auch wird, wie er weiter erwartet, der Reichstag sich mehr und mehr mit den in der Botschaft empfohlenen Plänen befreunden.

Mißverständnis oder Deutung nach liberalen Wünschen scheint es, wenn der Kanzler gesagt haben soll, „falls er seine Projecte nicht durchführen könne, so werde er sich mit dem Aenttheile der auswärtigen Angelegenheiten begnügen und für das Innere einen Vicekanzler schaffen, das Stellvertretungsgesetz würde dann hier eintreten können.“ Hier läßt das Referat ohne Zweifel absichtlich oder unabsichtlich etwas aus, oder der Kanzler hat sich nicht vollständig ausgesprochen. Eine solche Stellvertretung widerspräche der Thatsache, daß der Reichskanzler allein die Verantwortlichkeit trägt, und so lange das nicht geändert wäre, würde der neue Reichsminister für das Innere vom Willen des Kanzlers abhängig, also in Wahrheit nur eine Art Staatssecretär sein. Auf Dauer der neuen Einrichtung wäre ferner so wenig zu rechnen wie früher auf mehr als vorübergehenden Rücktritt des Fürsten von der Ministerpräsidentenschaft; denn Inneres und Aeußeres sind im Reiche schwer oder gar nicht zu trennen. Uebrigens läge die Verwirklichung des Gedankens, wenn er überhaupt mit den oben angeführten Worten genau wiedergegeben wäre, da im diesmaligen Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei ein Gehaltsatz für den „Vicekanzler“ oder einen ähnlichen Reichsbeamten nicht zu finden ist, in so weiter Ferne, daß inzwischen hundert Ereignisse verschiedenster Art eintreten könnten, vor welchen man davon absehen müßte.

Am 24. November begann der Reichstag die Generaldiscussion des Reichsetats. Nach Absicht der liberalen Fractionen sollte es ein großer Tag werden, ein Schauspiel für Götter und Menschen, von dem ihnen noch lange die Ohren klingen würden. Alles wurde bestens zugerüstet, organisirt und vertheilt. Man verständigte sich über die Rollen, welche die Madatore spielen, und über die

Reihenfolge, nach der sie auftreten und die Regierung und ihre Vertheidiger verarbeiten sollten. Man stimmte in den Zeitungsredactionen schon die Instrumente zu dem großen Tusch, mit dem der Sieg der parlamentarischen Freiheitskämpfer über die „Reaction,“ der natürlich gar nicht ausbleiben konnte, begrüßt werden sollte. Für eine Claque mit derben, breiten Händen und ein kräftiges Echo der Claque war gleichermaßen Sorge getragen. Das Schicksal aber, oder, da dieses sich wohl um solche absurde Schau- und Spektakelstücke nicht viel kümmert, ein den Regisseuren nicht wohlgefinnter Kobold auf dem Hausboden des Theaters wollte es anders, und so fiel der schöngedachte Plan in den Brunnen, und statt der männermordenden Schlacht, die man arrangirt hatte, kam es nicht einmal zu einem Zweikampfe, sondern nur zu einem Monologe, der unerwidert blieb. Das Warum wird vielleicht offenbar werden, ehe die Todten auferstehen, vielleicht auch nicht. Mittlerweile wird in der Presse, je nach der Partei, der man dient, gerathen: Unfähigkeit und Unentschlossenheit der Gegner, die sich zum Worte gemeldet, Ueberflüssigkeit einer Entgegnung auf Phrasen und Allgemeinheiten, die längst schon dagewesen, und die auch nur mit oft gehörten allgemeinen Redensarten hätten erwidert werden können — einerlei, was es war, wenn die Regierung und die conservativen Redner zu den Leistungen des Herrn Richter schwiegen. Die Unmöglichkeit, auf seine Ausfälle zu antworten, seine Taschenspielerkunststücke mit den Zahlen des Budgets als solche zu enthüllen, seine sophistischen Gruppierungen der Thatsachen ins rechte Licht zu stellen und die darauf gebauten Trugschlüsse zu widerlegen, war es sicherlich nicht, und so darf man sich freuen, daß es so gekommen, wie sehr sich nun auch die Fortschrittsblätter und ihre Bettern und Gevattern die Hände reiben und die imposante Schneidigkeit ihres Wortführers und die erdrückende Wucht seiner Beweise rühmen mögen. Wir können warten. Die Specialberatung des Budgets wird diesem Triumphe bald genug ein Ende machen, und inzwischen wollen wir mit Genugthuung die Thatsache genießen, daß mit solchen Nichtigkeiten, die doch lediglich zum Fenster hinausgeredet werden, nicht der Sache, sondern nur der Eitelkeit des betreffenden Rhetors dienen, niemand überzeugen und einzig und allein parlamentarische Neulinge nicht langweilen, nur ein paar Stunden und nicht, wie der Plan der Liberalen wollte, drei ganze schöne Tage verwüftet worden sind.

Selbstverständlich nach dem gesagten ist, daß auch wir uns nicht zu einer Widerlegung des Richterschen Geredes herbeizulassen gedenken. Auch wir haben besseres zu thun. Doch mögen ein paar Worte über die Klage hier angebracht sein, daß der Kanzler das persönliche Eintreten des Kaisers für die Reformpläne seiner Regierung herbeigeführt oder nicht verhindert habe. Hiergegen ist zweierlei zu bemerken. Erstens wußte die Partei Herrn Richters bisher nicht genug Worte zu finden, um das angebliche Verhältniß zu tadeln und zu verurtheilen, nach welchem der Kanzler seine Politik wie ein Hausmeier neben dem Monarchen

und gegen dessen Wunsch und Ueberzeugung verfolgen sollte, und jetzt findet sie es nicht in der Ordnung, wenn die Botschaft diese Behauptung der Unwahrheit zeihet. Zweitens aber verwechset diese Partei das, was sie möchte, mit dem, was thatächlich existirt. In Deutschland wird wie in Preußen constitutionell, aber nicht parlamentarisch regiert. Der Monarch ist nach unsrer Verfassung kein Schatten, sondern eine Persönlichkeit mit lebendigem und schwerwiegendem Willen. Das Parlament ist ein mitbeschließender Factor bei der Gesetzgebung, die von seiner Mehrheit vertretene Meinung aber kann, wie sie dem Souverän nicht Minister aus der Mitte dieser Mehrheit aufdrängen kann, ihn auch nicht hindern, seiner Ueberzeugung in kritischen Augenblicken öffentlich und feierlich Worte zu geben und dieselbe so in die schwankende Waagschale zu werfen. Wer dieses Recht des Monarchen angreift, versucht seine gesetzliche Macht zu schmälern und die Volkssouveränität auf den Thron zu setzen, die freilich der Ausgangspunkt des politischen Denkens und das Ziel des politischen Strebens der Fortschrittspartei und ihres secessionistischen Anhangs ist.

Wie man hört, werden die Liberalen oder ein Theil derselben den Rechenschaftsbericht über die Ausführung des Socialistengesetzes in Preußen, Sachsen und Hamburg benutzen, um auf Abschaffung desselben anzutragen. Dieser Rechenschaftsbericht hat nun in der That nicht viel erfreuliches zu melden. Das Gesetz, bekanntlich im October 1878 ergangen und bis Ende September 1884 gültig, hat kein Erlöschen des socialdemokratischen Brandes zur Folge gehabt, derselbe schwehlt vielmehr heimlich fort. Die Partei ist nach wie vor organisiert, die Agitation wird durch Flugchriften und nichtöffentliche Zusammenkünfte fortbetrieben. Man hat Versuche gemacht, sie auf das Heer auszudehnen. Das spricht in der That nicht für eine starke Wirkung des genannten Gesetzes. Allein anderseits ist zu beachten, daß eine so geschickt zerstreute, so weit verbreitete und, was die Hauptsache ist, in einen so sehr durch wirkliche Noth gelockerten und empfänglich gemachten Boden versenkte Saat schwer und erst nach vielen Jahren auszurotten sein wird, wenn nicht die socialen Reformen, mit denen der Reichskanzler jener Noth abhelfen will, verwirklicht werden; auch darf man wohl sagen: Befäßen wir das Socialistengesetz nicht, so stünden wir gegenwärtig aller Wahrscheinlichkeit nach vor Zuständen, mit denen verglichen die jetzt herrschenden als außerordentlich günstige zu bezeichnen sein würden.

Wie wir ferner erfahren, wird die in den Etat des Reichsamtes des Innern eingestellte Forderung von 85 000 Mark für den deutschen Volkswirtschaftsrath, die in der letzten Session abgelehnt wurde und nun wiederkehrt, auf seiten der Liberalen, welche diese Institution als eine politische betrachten und in ihr eine Concurrentin des Reichstages erblicken, lebhaftem Widerspruch begegnen. Dieser Widerspruch beruht aber vorwiegend auf irrthümlicher Ansicht. Die Regierung denkt nicht daran, mit dem Volkswirtschaftsrath zwischen den Bundesrath und den Reichstag eine neue Körperschaft mit politischen Befugnissen ein-

zuschieben. Derselbe soll nicht die Bedeutung einer Abtheilung des Staatsrathes haben, er wird keine Beschlüsse mit verbindlicher Kraft fassen, sondern nur Informationen, d. h. nur Gutachten liefern, die bei der Vorbereitung von Gesetzworlagen als Aeußerungen von Sachverständigen, von Fachleuten, von Kennern der betreffenden Zustände, Bedürfnisse und Interessen Beachtung finden sollen. Von einer Entscheidung der oder jener Frage durch den Volkswirtschaftsrath ist in keiner Weise die Rede. Die Entscheidung steht einzig und allein bei den verfassungsmäßig zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung berufenen Organen des Reiches, Krone, Bundesrath und Reichstag, welche die von der neuzuschaffenden Körperschaft vorgebrachten Gründe nach gänzlich freiem Ermessen und unter Berücksichtigung der dabei in Frage kommenden politischen Gesichtspunkte zu würdigen und zu erledigen haben. Von einer Schädigung der Autorität unsrer Herren Reichstagsabgeordneten, von einer Beeinträchtigung ihrer Würde kann also hier nicht gesprochen werden.

Aber es lassen sich Fälle denken, wo der Volkswirtschaftsrath mit seinen auf Erfahrung beruhenden Gutachten den nur auf Doctrin und Theorie sich gründenden Reden liberaler Wortführer gegenüber als Vertreter der praktischen Leute gegen die unpraktische Schöpfertthätigkeit der Buchgelehrten, der Professoren, Literaten und Advocaten, der Rentner und Pensionäre, die nicht säen und doch ernten, nicht im Leben stehen und doch Gesetze für das Leben geben, erscheinen würde, und das ist wohl der zweite Grund, weshalb man Eifersucht und Furcht vor dem Volkswirtschaftsrath empfindet. Daß bei der Fortschrittspartei noch der Haß gegen den Reichskanzler, von dem der Gedanke ausgegangen ist, und die Absicht, ihm einen Plan zu vereiteln, mitwirken, darf als selbstverständlich angenommen werden.



## Unruh über Bismarck.



er frühere Abgeordnete von Unruh hat im Octoberheft der „Deutschen Revue“ Bruchstücke der von ihm aufgezeichneten Erinnerungen aus seinem Leben veröffentlicht, welche verschiedene interessante Mittheilungen über die politischen Vorgänge und Verhältnisse von 1848 bis auf die neueste Zeit enthalten. Der Verfasser meint, dieselben würden vielleicht von einigem Werth für den Historiker sein, und wir theilen diese Meinung; nur wird der Historiker, der jene Mittheilungen benutzt, mit Vorsicht verfahren müssen. Denn Herr von Unruh schreibt zwar zum Theil